



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 15. Juni 2012 (20.06)  
(OR. en)**

**11492/12**

**COASI 111  
ASIE 72  
RELEX 552  
COPS 209  
CONOP 104  
COHOM 151  
COTER 68**

**VERMERK**

---

des Generalsekretariats

vom 15. Juni 2012

---

Nr. Vordok.: 10313/12

---

Betr.: Leitlinien für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU in Ostasien

---

Auf seiner Tagung vom 15. Juni 2012 hat der Rat die in der Anlage enthaltenen Leitlinien für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU in Ostasien gebilligt.

**LEITLINIEN FÜR DIE AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK DER EU  
IN OSTASIEN**

**I. Einleitung**

1. Ostasien ist eine Region, die in einem besonders dynamischen Wandel begriffen ist und in der die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten grundlegende Interessen haben. In diesem Dokument wird die Analyse, die in den Leitlinien für die Ostasienpolitik von 2007<sup>1</sup> enthalten ist, im Hinblick auf die Chancen und Risiken für die Interessen der EU gegenüber Ostasien kurz überprüft und aktualisiert. Ausgehend von dieser Analyse und gestützt auf die Europäische Sicherheitsstrategie von 2003 und die einschlägigen Schlussfolgerungen des Rates sowie unter Berücksichtigung des neuen institutionellen Rahmens, der mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon geschaffen wurde, wird ein aktualisiertes Bündel von Leitlinien für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU in Ostasien<sup>2</sup> empfohlen. Diese Leitlinien sollen als eine generelle und aktuelle Orientierung für den Ansatz dienen, den die EU gegenüber Ostasien in allen ihren Tätigkeitsbereichen verfolgt, und sind als solche ein Beitrag zum Handlungsrahmen der GASP und der GSVP für diese Region. II.

**II. Interessen der EU in Ostasien: Wesentliche Herausforderungen und Chancen**

2. Die EU verfolgt in Ostasien, wie auch in der übrigen Welt, ein breit angelegtes Sicherheitskonzept:
  - Wahrung des Friedens und Stärkung der internationalen Sicherheit gemäß den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen;
  - Hinwirken auf ein auf Regeln gestütztes internationales System;
  - Entwicklung und Festigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten;
  - Förderung der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen;
  - Förderung der regionalen Integration;
  - Förderung einer auf Zusammenarbeit und Nachhaltigkeit basierenden Politik, die es erlaubt, sich globalen Herausforderungen wie Klimawandel, Energieversorgungssicherheit, Umweltschutz, Armut, wirtschaftlichen Ungleichgewichten und Gesundheitsfragen zu stellen;

---

<sup>1</sup> Leitlinien des Rates vom 20. Dezember 2007.

<sup>2</sup> Dieses Dokument behandelt die gesamte Region Ostasien, d.h. Nordostasien und den ASEAN.

- Ausbau des bilateralen Handels und der Investitionsströme, unterstützt durch einen verbesserten Marktzugang und bessere Investitionsbedingungen.

Fortschritte in diesen Bereichen werden in hohem Maße zu Stabilität und Wohlstand in der EU und in der Region beitragen.

3. Für die EU geht es in Ostasien um wichtige direkte Wirtschaftsinteressen:

Einige der weltweit größten und am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften befinden sich in Ostasien. Auf Festland-China, die chinesischen Sonderverwaltungsregionen (Hongkong und Macau), Taiwan, Japan, Korea und den ASEAN zusammengenommen entfallen inzwischen etwa 21 % des weltweiten BIP und etwa 28 % des weltweiten Handels der EU mit Waren und Dienstleistungen (2010), und diese Anteile nehmen weiter zu. Der Handel der EU mit Ostasien (27,9 % des gesamten Handels) ist jetzt deutlich umfangreicher als ihr transatlantischer Handel (22,7 %), wobei China der zweitgrößte Handelspartner der EU ist (13,9 % des gesamten Handels, nur knapp hinter den Vereinigten Staaten<sup>3</sup>) und die EU gegenüber diesem Land das höchste bilaterale Handelsdefizit aufweist. Auf den ASEAN entfallen 5,2 % des gesamten Handels der EU, auf Japan 3 %.

Die Direktinvestitionen der EU in der Region sind von entscheidender Bedeutung für die globale Wettbewerbsfähigkeit beider Seiten, und auch die ostasiatischen Direktinvestitionen in der EU, insbesondere seitens Japans und Singapurs, sind bereits beträchtlich. Im Zeitraum 2006-2009 beliefen sich die Investitionsströme der EU nach Asien im Durchschnitt auf 7,7 % der gesamten ausgehenden Investitionen der EU, während die Investitionen aus Ostasien in der EU 6,9 % aller eingehenden Investitionen in der EU ausmachten<sup>4</sup>.

---

<sup>3</sup> 2010 machte der bilaterale Handel der EU mit China 395,1 Mrd. EUR bzw. 13,9 % des gesamten Handels der EU aus, während der Handel mit den Vereinigten Staaten 411,6 Mrd. EUR bzw. 14,4 % des gesamten Handels der EU ausmachte. Alle hier zitierten Statistiken stammen von Eurostat.

<sup>4</sup> Im Zeitraum 2006-2009 betragen die ausgehenden Investitionen der EU in den ASEAN durchschnittlich 15,7 Mrd. EUR, im Vergleich zu 6,2 Mrd. EUR nach China und 2,7 Mrd. EUR nach Japan. Die eingehenden Investitionen in die EU umfassten 0,9 Mrd. EUR aus Japan, 5,6 Mrd. EUR aus dem ASEAN und 0,7 Mrd. EUR aus China.

Unsere immer engere wirtschaftliche Verflechtung spiegelt wider, dass das Wachstum in Asien auch in Zeiten weltweiter Rezession weiterhin die Erwartungen übertrifft<sup>5</sup>. Tatsächlich hat Ostasien insgesamt in den letzten Jahren eine immer wichtigere Rolle als Motor des weltweiten Wachstums übernommen. Die Region bietet daher Unternehmen der EU, einschließlich KMU, wesentliche und rasch expandierende Marktchancen, wenngleich das Schutzniveau nach wie vor relativ hoch ist.

Die finanziellen Beziehungen in der Region werden immer enger – man denke nur an die Chiang-Mai-Initiative und die zunehmende Bedeutung des Renminbi (Yuan) für den Handel in der gesamten Region sowie an die rasche Entwicklung von Finanzzentren in der Region. Als Land mit den weltweit größten Währungsreserven hat China gemeinsam mit anderen Volkswirtschaften Ostasiens eine bedeutende Funktion für die weltweite Finanzstabilität.

Regionale Initiativen für wirtschaftliche Zusammenarbeit wie Freihandelsabkommen (FTA) zwischen ostasiatischen Ländern könnten ebenfalls erhebliche Auswirkungen auf die Interessen der EU haben; Japan, China und der ASEAN haben ihr Netz von Freihandelsabkommen in den letzten Jahren ausgebaut, während die Vereinigten Staaten der Transpazifischen Partnerschaft (TPP) beigetreten sind, deren Ziel die Aushandlung eines Freihandelsabkommens zwischen einigen asiatisch-pazifischen Ländern ist. Um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten, sollte die EU ihr Netz bilateraler Freihandelsabkommen mit einzelnen südostasiatischen Ländern ausweiten (es laufen bereits Verhandlungen mit Singapur und Malaysia) und dabei das Ziel eines biregionalen Freihandelsabkommens EU-ASEAN im Auge behalten. Auch hat die EU vor kurzem beschlossen, mit Japan aktiv die Möglichkeit der Aufnahme von Verhandlungen über ein FTA zu prüfen, während ein FTA mit Korea inzwischen vorläufig in Kraft getreten ist. Die EU sollte auch weiterhin wichtige Initiativen zur regionalen Wirtschaftsintegration wie die ASEAN-Wirtschaftsgemeinschaft unterstützen und ihre regionale Zusammenarbeit intensivieren.

---

<sup>5</sup> In den letzten Wirtschaftsprognosen der EU (Frühjahr 2011) wurde für 2011 ein Wachstum des BIP von 9,3 % in China, 6,1 % in Indonesien und 4,4 % in Korea gegenüber 1,8 % in der EU (und 0,5 % in dem von Erdbeben betroffenen Japan) vorausgesagt.

In vielen Ländern der Region gibt es nach wie vor Probleme mit dem Marktzugang und der Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums. Zwar profitieren die europäischen Verbraucher von den Importen aus China, jedoch ist klar, dass das derzeit zwischen China und der EU bestehende Handelsungleichgewicht auf längere Sicht nicht tragbar ist.

Insgesamt hat der Grad der wirtschaftlichen Verflechtung zwischen der EU und Ostasien ein sehr bedeutendes Ausmaß erreicht, und er ist von entscheidender Bedeutung für die Wachstumsaussichten auf beiden Seiten.

4. Sicherheit und Stabilität in Ostasien sind Voraussetzungen für den weiteren wirtschaftlichen Erfolg der Region. Es gibt eine Reihe von Bedrohungen für die regionale Sicherheit, die sich direkt auf die Interessen der EU auswirken:
  - das Nuklearprogramm und das Programm für ballistische Flugkörper der Demokratischen Volksrepublik Korea und die damit einhergehende Gefahr der Proliferation: Hiervon geht eine starke Bedrohung für die Region aus; der Dialog zwischen beiden koreanischen Staaten, die Wiederaufnahme der multilateralen Verhandlungen und Fortschritte in diesen Verhandlungen sowie die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone auf der koreanischen Halbinsel sind von zentraler Bedeutung für die regionale Sicherheit;
  - die Spannungen in der Straße von Taiwan: Zwar haben sich die Beziehungen zwischen Taiwan und Festland-China deutlich verbessert, doch gibt es latente Spannungen und die Lage könnte durch beiderseitige Fehleinschätzung destabilisiert werden; die EU unterstützt alle Maßnahmen, die auf eine Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen und der zwischenmenschlichen Kontakte zwischen Taiwan und dem Festland abzielen;
  - die jüngste Zunahme der Spannungen im Südchinesischen Meer, in die mehrere Länder der Region mit gegensätzlichen Forderungen involviert sind, könnte, falls sie nicht eingedämmt wird, Auswirkungen auf die Schifffahrt und den Handel in der weiteren Region und auch auf die Handels- und Investitionsinteressen der EU haben;

Das Problem im Südchinesischen Meer ist ein Beispiel für das Potenzial des konkurrierenden Nationalismus in der Region: Infolge der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas, einer aktiveren Diplomatie und steigender (undurchsichtiger) Verteidigungsausgaben verlagert sich das strategische Gleichgewicht in der Region. Trotz wachsender wirtschaftlicher Verflechtung in der Region besitzen die Unwägbarkeiten, die mit derartigen geopolitischen Veränderungen einhergehen, in Verbindung mit ungelösten historischen und territorialen Streitigkeiten ein Potenzial zum Aufbau erheblicher Spannungen. Durch den steigenden Energiebedarf und den Wunsch nach Energieversorgungssicherheit sowie durch den Wettlauf um Ressourcen im Allgemeinen können derartige Spannungen noch gesteigert werden.

Außerdem kam es im Laufe der Jahre durch eine Reihe eher lokaler Konflikte zu Spannungen in der Region, wobei die EU dank ihrer Fähigkeit, ihre politischen, entwicklungspolitischen und humanitären Instrumente zu bündeln, mehrfach zu einschlägigen Maßnahmen in den Bereichen Vertrauensbildung, Konfliktlösung und Wiederaufbau nach Konflikten beitragen konnte. So konnte die EU beispielsweise durch ihren Beitrag zum Friedensprozess in Aceh und zur Entwicklung in Timor-Leste nach dem Konflikt oder in jüngerer Zeit durch ihre Unterstützung für den Friedensprozess in Mindanao unter Beweis stellen, dass sie den Frieden und die Sicherheit in der Region unterstützt.

5. Die Politik und das Handeln der wichtigsten Akteure in Ostasien sind ebenfalls von wachsender Bedeutung für die umfassendere globale Agenda der EU. Die EU benötigt multilaterale Lösungen für die globalen Herausforderungen und ist bestrebt, solche Lösungen zu fördern. Im Rahmen der WTO und ihrer bilateralen und regionalen Übereinkommen, einschließlich der derzeit ausgehandelten Abkommen mit Malaysia und Singapur und dem geltenden Abkommen mit der Republik Korea, setzt sie sich für ein offenes und faires Handelssystem und eine weitere Liberalisierung ein. Die EU wirkt weltweit darauf hin,
- die Menschenrechte und die verantwortungsvolle Staatsführung zu fördern,
  - die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern,
  - die Beteiligung an der weltweiten Terrorismusbekämpfung zu verstärken,
  - Radikalismus und Extremismus zu bekämpfen,
  - eine internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Migration zu erreichen,
  - eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung und Maßnahmen gegen den Klimawandel im Einklang mit den Millenniums-Entwicklungszielen zu fördern.

Der Energiebedarf der aufstrebenden Volkswirtschaften in Ostasien steigt stetig und gibt Anlass zu neuer Besorgnis hinsichtlich der weltweiten Energieversorgungssicherheit. Diese gemeinsame Herausforderung erfordert eine gemeinsame Antwort. Die EU strebt stabile, transparente Märkte für Energie und Ressourcen an. Sie setzt sich dafür ein, die Zusammenarbeit in diesen Bereichen im Rahmen ihrer bilateralen Vertragsbeziehungen, z.B. der Partnerschafts- und Kooperationsabkommen und der Rahmenabkommen, zu vertiefen.

6. Mit dem zunehmenden wirtschaftlichen und politischen Gewicht der ostasiatischen Länder auf der internationalen Bühne wächst auch ihr Einfluss auf die Bemühungen zur Erreichung dieser grundlegenden globalen Ziele. Daher ist es wichtig, unsere Zusammenarbeit mit den ostasiatischen Ländern in internationalen Einrichtungen wie den Vereinten Nationen, der WTO oder der G20 (in der vier ostasiatische Länder vertreten sind) oder in regionalen und interregionalen Organisationen wie ASEAN, ARF und ASEM in vollem Umfang zu nutzen. Strategische Partnerschaften mit einigen dieser Ländern (in dieser Region derzeit mit Japan, China und der Republik Korea) können dazu beitragen, unsere gegenseitigen Interessen in den größeren globalen Gremien voranzubringen.
  
7. Als älteste marktwirtschaftliche Demokratie in der Region ist Japan in diesem Zusammenhang bereits ein wichtiger Partner, der zahlreiche Werte der EU teilt. Japan ist seit 2003 ein strategischer Partner der EU. Auf dem 20. Gipfeltreffen EU-Japan im Mai 2010 sind beide Seiten übereingekommen, ihre Beziehungen in allen Aspekten umfassend und ausgewogen zu vertiefen, indem sie einen Prozess von parallelen Verhandlungen über ein ehrgeiziges Freihandelsabkommen und ein Rahmenabkommen, das politische, globale und sektorale Aspekte umfasst, einleiten. Ein Freihandels- und ein Rahmenabkommen, die sich gegenseitig ergänzen, sowie eine strategische Partnerschaft bestehen bereits mit der Republik Korea, die ein gleichgesinnter Partner und bestrebt ist, ihre Zusammenarbeit mit der EU auf breiter Front auszubauen. Die politischen Entscheidungen Chinas, das zu einem Global Player geworden ist, sind von strategischer Bedeutung für die EU, die mit diesem Land eine strategische Partnerschaft eingeht. Angesichts seiner internen Probleme hat China großes Interesse an einer friedlichen wirtschaftlichen Entwicklung. Mit der Erreichung dieses Ziels würde ein erheblicher Beitrag zu weltweiter Stabilität geleistet. Die EU hat ein großes Interesse daran, China darin zu bestärken, dass es seine globalen Interessen und Verantwortlichkeiten insbesondere im politischen, wirtschaftlichen sowie handels- und währungspolitischen Bereich unter einem größeren Blickwinkel betrachtet und eine – einer Weltmacht angemessene – konstruktive Rolle bei der Förderung eines wirksamen Multilateralismus und der Lösung internationaler und regionaler Fragen spielt. Der ASEAN als eine regionale Gruppe (und Indonesien als Mitglied der G20) besitzt auch das Potenzial, eine zunehmend wichtige Rolle in der internationalen Arena zu spielen, wobei sich seine Führungsstärke in den kommenden Jahren weiter entwickeln wird.

8. Die EU hat ein generelles Interesse daran, dass zwischen den wichtigsten Akteuren der Region, und insbesondere zwischen China und den Vereinigten Staaten sowie zwischen China und Japan, gute Kooperationsbeziehungen bestehen. Auf längere Sicht hat die EU ein großes Interesse an einer tieferen regionalen Integration und vor allem daran, die weitere Integration des ASEAN auch künftig zu unterstützen. Tatsächlich ist der ASEAN als eine regionale Organisation, die im Mittelpunkt verschiedener regionaler Kooperationsinitiativen in Ostasien steht, der natürliche Ansprechpartner der EU. Insgesamt wird die Verankerung der politischen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen den wichtigsten Akteuren der Region von großem Nutzen für die gesamte Region sein, weshalb sie von der EU weiter aktiv unterstützt werden muss.
9. Durch ihre Sicherheitsverpflichtungen gegenüber Japan, der Republik Korea und Taiwan sowie einigen ASEAN-Ländern und die damit verbundene Präsenz von US-Truppen in der Region gewinnen die Vereinigten Staaten eine sehr deutliche Sicht auf die Sicherheitsherausforderungen in der Region, so dass sie einen wichtigen Beitrag zu regionaler Stabilität leisten können. Es ist wichtig, dass die EU diesem Umstand weiter angemessen Rechnung trägt. In Anbetracht der großen Bedeutung der transatlantischen Beziehungen ist die EU stark an einer Partnerschaft und einer Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten bezüglich der außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen in Verbindung mit Ostasien interessiert.
10. Andere Partner außerhalb der Region, die ein erhebliches Interesse an Ostasien haben, sind natürlich Länder wie Indien, Russland, Australien, Neuseeland und Kanada. Alle diese Länder sind Dialogpartner des ASEAN (zusammen mit der EU) sowie ihrerseits wichtige Partner der EU. Sie alle sind am ARF und (außer Kanada) am ASEM-Prozess beteiligt. Für die EU ist es wichtig, dass sie ihren politischen Dialog mit diesen Partnern außerhalb der Region über Ostasien betreffende Belange fortführt.

### **III. Die Reaktion der EU**

11. Die wesentlichen Interessen der EU sind also eng mit der Sicherheit in Ostasien und mit der Außen- und Sicherheitspolitik der wichtigsten Akteure dieser Region verknüpft. Dank ihrer wirtschaftlichen Präsenz in der Region und ihrer beispiellosen Erfahrung mit der Aussöhnung nach Kriegen sowie der politischen und wirtschaftlichen Integration kann die EU durchaus eine wichtige Rolle dabei spielen, zu mehr Sicherheit in der Region beizutragen. Einige ihrer Partnerländer in der Region haben signalisiert, dass sie ein verstärktes Engagement der EU in diesem Bereich begrüßen würden.



12. Die EU benötigt daher eine ausgeprägtere, kohärentere und gezieltere gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik für Ostasien, die es erlaubt, die in Abschnitt II beschriebenen Interessen der EU in der Region zu sichern und zu fördern. Um den Austausch der EU mit den Hauptakteuren in der Region zu intensivieren, sollte die EU aufbauend auf bereits eingeleiteten Schritten
- die strategischen Partnerschaften in der Region in vollem Umfang nutzen und unter anderem
    - das Potenzial des strategischen Dialogs auf hoher Ebene und des wirtschafts- und handelspolitischen Dialogs auf hoher Ebene mit China zur Entfaltung bringen,
    - ihren strategischen Dialog zum Thema Ostasien mit Japan vertiefen,
    - ihren politischen Dialog mit der Republik Korea über regionale Belange (insbesondere in Bezug auf die DVRK) ausbauen;
  - ihr Engagement gegenüber dem ASEAN intensivieren – auch im Rahmen des ARF, durch den Beitritt zum Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit in Südostasien (TAC) sowie durch einen verstärkten politischen Dialog mit dem ASEAN und seinen Mitgliedstaaten und Peer-Unterstützung für die ASEAN-Institutionen (auf Ersuchen) –, indem sie weiter auf der Nürnberger Erklärung von 2007 und dem Aktionsplan aufbaut;
  - ihren strategischen Dialog zum Thema Ostasien mit den Vereinigten Staaten ausbauen;
  - ihren Austausch über regionale Fragen mit anderen wichtigen Akteuren, zu denen unter anderem Russland, Indien, Australien, Neuseeland und Kanada zählen, ausbauen;
  - die Möglichkeiten des ASEM-Prozesses umfassend nutzen;
  - die laufenden FTA-Verhandlungen mit Singapur und Malaysia zum Abschluss bringen, ihr FTA-Netz auf andere südostasiatische Länder ausweiten und den handelspolitischen Dialog zwischen den Regionen durch die Umsetzung des jüngsten Arbeitsprogramms EU-ASEAN für Handel und Investitionen ausbauen;
  - parallele Verhandlungen über ein FTA und ein Rahmenabkommen mit Japan ins Auge fassen (sofern bei der Abgrenzung des Geltungsbereichs ehrgeizige Zielvorgaben erreicht werden) und das FTA und das neue Rahmenabkommen EU-Korea in vollem Umfang umsetzen;
  - das bereits bestehende Netz von Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Ländern in der gesamten Region weiter ausdehnen, unter anderem durch Bemühungen um den Abschluss eines Partnerschafts- und Kooperationsabkommens mit China;
  - ein positives Umfeld für die Teilnahme der EU am Ostasien-Gipfel schaffen, indem sie durch politische Kontakte mit regionalen Partnern in angemessener Zahl und Häufigkeit und durch ihre Teilnahme an multilateralen Veranstaltungen ihr großes Interesse an Ostasien zum Ausdruck bringt;

- ihre Zusammenarbeit mit den Ländern der Region in globalen Organisationen wie den VN und der WTO vertiefen und unser Wirken in den Ländern der Region für eine bessere Einhaltung der WTO-Verpflichtungen, speziell in Bezug auf nichttarifäre Hemmnisse, verstärken.
13. Ein verstärkter Dialog mit Ostasien und anderen einschlägigen Partnern wird auf verschiedene Weise den Zwecken der EU dienen – womit unsere Interessen in der Region direkt gefördert werden, bessere Kanäle geschaffen werden, über die die EU kommunizieren kann, wenn ihrer Ansicht nach ihre regionalen und globalen Interessen auf dem Spiel stehen, und der Raum für die Förderung unserer gegenseitigen Interessen in globalen Gremien erweitert wird.
14. In diesem Zusammenhang bietet das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon, insbesondere die Errichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes und die verstärkte Koordinierung zwischen den EU-Delegationen und den Botschaften der Mitgliedstaaten vor Ort, die ideale Gelegenheit, um den Dialog und die Zusammenarbeit mit den Ländern Ostasiens weiter auszubauen, gemeinsame Analysen, Konzepte und Strategien für politisches Engagement zu erarbeiten und umzusetzen und so der EU zu ermöglichen, in den Beziehungen zu Ostasien ihr Gewicht wirksamer geltend zu machen.

#### **IV. Die wichtigsten Themen, Ziele und Grundsätze**

15. Da die EU darauf hinwirkt, ihre Beziehungen zu Ostasien weiter auszubauen und in für die Region relevanten gemeinsamen außen- und sicherheitspolitischen Fragen ihrer Stimme mehr Gewicht zu verleihen, werden die folgenden Themen, Ziele und Grundsätze von besonderer Bedeutung für die Festlegung ihres Vorgehens sein:

##### **IV.a) Die Verlagerung des Gleichgewichts in der Region und die Gefahr von konkurrierendem Nationalismus**

16. Die EU sollte ihren Einfluss geltend machen, um gute, von Zusammenarbeit geprägte Beziehungen zwischen den wichtigsten Akteuren in Ostasien zu fördern; sie sollte alle Seiten auffordern, von sämtlichen Maßnahmen Abstand zu nehmen, die von anderen Akteuren in der Region falsch interpretiert werden könnten. Die EU sollte
- vertrauensbildende Maßnahmen in der Region fördern und sich für friedliche, auf Zusammenarbeit beruhende Lösungen für Streitigkeiten über Gebiete und Ressourcen einsetzen;
  - von China mehr Transparenz in Bezug auf seine Verteidigungsausgaben, seine Verteidigungsdoktrin und die entsprechenden Institutionen verlangen;

- zu vermehrten Kontakten von Militärangehörigen sowohl zwischen den Akteuren der Region als auch mit den EU-Mitgliedstaaten ermutigen, um so für mehr Transparenz zu sorgen und der Gefahr von Fehleinschätzungen entgegenzuwirken;
- bei Bedarf bereit sein, Lehren aus ihren eigenen Erfahrungen mit der Aussöhnung nach Kriegen sowie mit Vertrauensbildung, Präventivdiplomatie und Konfliktlösung weiterzugeben;
- ganz allgemein die politischen Führungen aller Seiten darin bestärken, ausgehend von ihren ausgezeichneten wirtschaftlichen Beziehungen bessere politische Beziehungen aufzubauen und in ihren jeweiligen Ländern dahin gehend auf die öffentliche Meinung einzuwirken, dass der konkurrierende Nationalismus überwunden wird und Beziehungen entwickelt werden, die sich über gemeinsame Interessen definieren;
- einen wirksamen Multilateralismus (unter anderem durch EU-ASEAN, ARF, Ostasien-Gipfel und ASEM) und die regionale Integration fördern.

#### **IV.b) Ostasien und die globale Agenda der EU**

17. Entsprechend seinen nun globalen Interessen tritt China weltweit aktiver auf. Auch Japan und Korea sind verstärkt auf internationaler Ebene tätig. Darüber hinaus hat der ASEAN durch die Annahme der ASEAN-Charta 2008 seine eigenen Fähigkeiten zu regionaler Integration gestärkt, und er sieht sich für die kommenden Jahre in einer zunehmend wichtigeren Rolle in der Weltgemeinschaft.
  
18. In diesem Kontext sollte die EU
  - ihre Zusammenarbeit mit allen Partnern der Region bei einem breiten Spektrum globaler Fragen entwickeln, den Dialog und die Zusammenarbeit in Bereichen wie Entwicklungshilfe und Armutsbekämpfung, Klimawandel und ökologische Nachhaltigkeit, Terrorismus, Seeräuberei, Drogen, illegale Migration und Menschenhandel, Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Vertrauensbildung, Präventivdiplomatie und Konfliktlösung ausweiten;
  - sich weiter für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Asien engagieren, um bestehende Werteunterschiede abzubauen, die es erschweren könnten, bei bestimmten politischen Fragen einen gemeinsamen Nenner zu finden. Dies schließt ein, dass die asiatischen Partner dazu ermutigt werden, den Menschenrechtsübereinkünften der Vereinten Nationen beizutreten und deren Mechanismen zu befolgen, und dass der Erfahrungsaustausch zwischen Menschenrechtsorganisationen in der Region und in Europa unterstützt wird;

- sich für die Entwicklung und Konsolidierung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzen, insbesondere in Ländern, in denen in dieser Beziehung nur äußerst ungenügende Fortschritte zu verzeichnen sind;
- weiterhin den kulturellen und zivilgesellschaftlichen Austausch als Grundstein für gegenseitiges Verständnis fördern;
- die Einbeziehung der Länder der Region in bestehende multilaterale Nichtverbreitungs- und Abrüstungsübereinkünfte vorantreiben und unterstützen und ihnen bei der uneingeschränkten Anwendung dieser Übereinkünfte und bei der Schaffung wirksamer Ausfuhrkontrollen helfen;
- insbesondere ihre Kontakte zu China ausbauen und dabei deutlich machen, dass Fortschritte im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, der persönlichen Freiheiten und der Demokratie notwendig sind;
- gleichzeitig ihr Engagement in den zahlreichen Bereichen, die wirtschaftliche und soziale Reformen betreffen, verstärken – z.B. die Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Kultur, Jugend, Innovation, Forschung, Umwelt und Energie, Unternehmertum und Tourismus – und den Dialog und die Kontakte zwischen den Menschen ausbauen;
- ganz allgemein die regionale Integration als ein wesentliches Mittel zur Förderung von Wohlstand, Stabilität und Sicherheit fördern.

19. Allein aufgrund der Größe Chinas ist es nicht nur für die Region, sondern auch für die Welt insgesamt von Bedeutung, wie sich das Land weiterentwickelt und wie gut es sich in die Region und in multilaterale Strukturen integriert. Die EU sollte aktiv darauf hinwirken, dass China sich weiter zu einem erfolgreichen und voll engagierten Mitglied der Staatengemeinschaft entwickelt. Im Einklang mit der strategischen Partnerschaft sollte die EU einen durch Offenheit, mehr Transparenz, Gegenseitigkeit, gegenseitige Unterstützung und verstärkte bilaterale Beziehungen gekennzeichneten Ansatz verfolgen. Sie sollte sich hierbei auch künftig von den einschlägigen Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zu China leiten lassen;
- darüber hinaus sollte sie die Zusammenarbeit mit China auf den Gebieten Nichtverbreitung, Terrorismusbekämpfung, Bekämpfung der Seeräuberei, illegale Migration, Schwerkriminalität, Konfliktverhütung und Friedenssicherung fördern und vertiefen, indem sie darauf hinwirkt, dass China sich an internationalen Rüstungskontroll- und Nichtverbreitungsmechanismen beteiligt;

- gegenüber China die Erwartung ausdrücken, dass das Land seinen Verpflichtungen im Rahmen der WTO uneingeschränkt nachkommt;
- weiterhin darauf hinwirken, dass China sich verstärkt einem wirksamen Multilateralismus verpflichtet fühlt, was die Förderung der Agenda zum multilateralen Handel im Rahmen der WTO und die Mitwirkung Chinas in den Systemen der Weltordnungspolitik einschließt;
- die internen Entwicklungen in China weiterhin aufmerksam verfolgen und sich die bedeutenden internen Herausforderungen bewusst machen, vor die China sich aufgrund seines rasanten Wirtschaftswachstums gestellt sieht;
- die Anwendung des bestehenden Grundsatzes "ein Land, zwei Systeme" in Bezug auf die Sonderverwaltungsgebiete Hongkong und Macau weiter aufmerksam beobachten und im Rahmen ihres strukturierten Dialogs und des Gemischten Ausschusses mit Hongkong bzw. Macau die Zusammenarbeit und den Dialog mit den beiden Sonderverwaltungsgebieten weiter ausbauen; ganz allgemein durchgängig Impulse für transparente und auf festen Regeln basierende internationale Konzepte geben, durch die dazu beigetragen werden kann, Chinas Vertrauen und seine Einbindung in das internationale System zu fördern;
- systematisch mit China Gespräche über seine wachsenden Aktivitäten in den Entwicklungsländern führen, wobei sie deutlich machen sollte, wo ihr der chinesische Ansatz Probleme bereitet oder wo Gemeinsamkeiten bestehen;
- ferner sollte die EU ausloten, welche Möglichkeiten für gemeinsame Entwicklungsmaßnahmen insbesondere in Afrika bestehen, und China nachdrücklich auffordern, politische Maßnahmen zu treffen, durch die die Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen und die in der Pariser Erklärung zur Wirksamkeit der Entwicklungshilfe vom März 2005 niedergelegten Grundsätze der Eigenverantwortung, Anpassung und Harmonisierung uneingeschränkt unterstützt werden;
- ihren Dialog mit China zu Energie- und Umweltfragen vertiefen, wobei sie China zu mehr Vertrauen in die internationalen Märkte ermutigen und China auffordern sollte, sich an Kooperationsbemühungen mit dem Ziel zu beteiligen, sich der Bedrohung des Klimawandels und den Herausforderungen von nachhaltigem Energieverbrauch und nachhaltiger Energieerzeugung zu stellen.

20. Japan und die Republik Korea sind naturgemäß politische Partner in Asien. Europa, Japan und die Republik Korea weisen große Ähnlichkeiten in ihrem Gesamtverständnis auf und haben in vielen Punkten eine gleiche Ausrichtung. Japan und Korea sind sehr daran interessiert, die Zusammenarbeit zu erweitern und zu vertiefen. Japan spielt darüber hinaus eine wesentliche Rolle in multilateralen Organisationen und hat in Asien eine zentrale Position. Es ist ein bedeutender Geber von Entwicklungshilfe und war an zahlreichen Friedenskonsolidierungsmaßnahmen in den gleichen regionalen Einsatzgebieten wie die EU beteiligt. Die Republik Korea weitet zügig ihr internationales Profil aus (z.B. Gastgeber der G20 und der Gipfelkonferenz über nukleare Sicherheit), wie es ihrer wirtschaftlichen Stärke entspricht. Die EU sollte daher den Dialog und die Zusammenarbeit mit Japan und der Republik Korea intensivieren, um die neuen strategischen Partnerschaften zu stärken und ihre Ziele im Hinblick auf Frieden, Stabilität und Entwicklung, die Förderung der Menschenrechte, der nuklearen Sicherheit und von nachhaltigen Strategien zur Bewältigung der Herausforderungen des Klimawandels und der Energieversorgungssicherheit voranzubringen.
- 20a. Die Mongolei liegt an einem strategischen Kreuzungspunkt zwischen China und Russland. Gestützt auf das inzwischen ausgehandelte Partnerschafts- und Kooperationsabkommen sollte die EU ihre Zusammenarbeit mit der Mongolei erweitern und vertiefen, insbesondere indem sie den Prozess des wirtschaftlichen Übergangs unterstützt und die nachhaltige Entwicklung und einen inklusiven Wachstumsprozess fördert.
21. Der ASEAN und die EU sind seit langem wichtige Partner, denn in der Tat war die EU 1977 einer der allerersten "Dialogpartner" des ASEAN. Mit der Annahme der ASEAN-Charta 2008 sowie mit der geplanten Vollendung der drei Gemeinschaften des ASEAN (in den Bereichen Wirtschaft, Politik und Sicherheit sowie Kultur) bis 2015 und der erklärten Absicht, bis 2022 zu erreichen, dass der ASEAN auf der internationalen Bühne mit einer einzigen Stimme spricht, wurden optimale Voraussetzungen für eine erhebliche Intensivierung dieser langjährigen Partnerschaft geschaffen. Der ASEAN, der im Mittelpunkt wichtiger regionaler Initiativen steht wie ARF, ADMM + (erweiterte Konferenz der ASEAN-Verteidigungsminister) und Ostasien-Gipfel (durch den kürzlich erfolgten Beitritt Russlands und der Vereinigten Staaten dürfte dieses Forum im Sicherheitsbereich noch an Bedeutung gewinnen), verdient besondere Aufmerksamkeit der EU in den kommenden Jahren.

#### IV.c) Regionale Sicherheitsarchitektur

22. Langfristiges Ziel der EU sollte es sein, eine verbesserte regionale Integration und die Entwicklung starker regionaler Institutionen zu unterstützen, die sich auf eine deutliche Anerkennung gemeinsamer Interessen stützen. Letztere sollten sich darin niederschlagen, dass die ostasiatischen Länder bei der Verfolgung von außen- und sicherheitspolitischen Zielen im Einklang mit internationalen Normen enger zusammenarbeiten.
23. Die EU stellt fest, dass die Region zunächst ein System entwickeln muss, das ihr erlaubt, gemeinsame (regionale) Sicherheitsbelange anzugehen, und dass das von den Vereinigten Staaten aufgebaute Netz bilateraler Allianzen und ihre damit einhergehende militärische Präsenz in absehbarer Zukunft noch ein wesentlicher Bestandteil der Sicherheitsarchitektur der Region bleiben wird.
24. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass die EU durch den Dialog und die Zusammenarbeit mit dem ASEAN, durch ihre Teilnahme an den regelmäßigen ASEAN-Ministertreffen und am ASEAN-Regionalforum sowie durch ihren Beitritt zum TAC und eine proaktive Beteiligung am ASEM-Prozess<sup>6</sup> ihre Präsenz in den wichtigen regionalen Gremien verstärkt. Auf diese Weise wird die EU ihre Interessen verfolgen können, indem sie sich stärker in die sich entwickelnde Regionalstruktur in Ostasien einbringt.
25. Die EU sollte
  - durch ihre strategischen Dialoge mit den wichtigsten Partnern ihren Beitrag zu dem bestehenden Sicherheitsrahmen in der Region ausbauen und ihre Fähigkeit verbessern, in immer engerem Kontakt mit diesen Akteuren darauf hinzuarbeiten, dass durch deren politische Maßnahmen die Stabilität nicht unterminiert wird;
  - anerkennen, dass die Glaubwürdigkeit der Verteidigungsgarantien der Vereinigten Staaten in der Region gegenwärtig ein wesentlicher Faktor für die Stabilität der Region ist;

---

<sup>6</sup> Das nächste Ministertreffen EU-ASEAN findet im April 2012 in Brunei statt, der nächste ASEM-Gipfel im November 2012 in Vientiane.

- darauf hinwirken, dass regionale Organisationen und Foren über mehr Autorität verfügen und effektiver arbeiten können, so dass sie im Laufe der Zeit wirksamer zur Sicherheit in der Region beitragen können, wobei außenorientierte Modelle gefördert werden, die die Interessen und Ansprüche der EU in der Region anerkennen und die Herausbildung einer wirksamen, auf Regeln beruhenden multilateralen Sicherheitsstruktur begünstigen;
- vor allem ihre Beziehungen zum ASEAN weiter vertiefen, u.a. durch den Beitritt zum Vertrag des ASEAN über Freundschaft und Zusammenarbeit und eine aktive Teilnahme am ARF und dessen Tätigkeiten (einschließlich "Track 2"-Tätigkeiten); die Entwicklung des Ostasien-Gipfels in offener und inklusiver Weise unterstützen und sich dabei möglichst intensiv einbringen; durch eine aktive Beteiligung der EU und ihrer Mitgliedstaaten an der Entwicklung der Tätigkeiten des ASEM mitwirken; sich um weitere Kontakte mit der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit bemühen;
- ihre Erfahrungen mit regionalen Friedens- und Sicherheitsmechanismen (z.B. der OSZE) weitergeben und zur Zusammenarbeit im Rahmen entstehender größerer Friedens- und Sicherheitsmechanismen in Ostasien bereit sein;
- prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, regionalen Organisationen mehr Gewicht zu verleihen, indem sie direkt in der Region mit spezifischen Initiativen tätig wird;
- eine stärkere Beteiligung regionaler Akteure an multilateralen Friedenseinsätzen fördern und eine Intensivierung ihrer eigenen Beteiligung an zivilen Sicherheitsinitiativen in der Region ins Auge fassen.

#### **IV.d) Beziehungen zwischen beiden Seiten der Straße von Taiwan**

26. Die EU verfolgt eine Ein-China-Politik und setzt sich für eine friedliche Lösung der Taiwan-Frage ein. Sie hat ein erhebliches Interesse daran, dass Frieden und Stabilität beiderseits der Straße von Taiwan erhalten bleiben. Sie ist sich durchaus bewusst, wie sensibel diese Frage nicht nur für die Beziehungen zwischen beiden Seiten der Straße von Taiwan, sondern auch für die Beziehungen zwischen China und den Vereinigten Staaten und Japan ist.



27. Unter gebührender Berücksichtigung ihrer Ein-China-Politik sollte die EU bereit sein,
- Initiativen zu unterstützen, die darauf abzielen, den Dialog, die praktische Zusammenarbeit und die Vertrauensbildung zu fördern,
  - positive Entwicklungen zu begrüßen,
  - sich für einen inklusiven Dialog einzusetzen, in den alle betroffenen Parteien einbezogen werden,
  - beide Seiten zu ermutigen, pragmatische Lösungen für Fragen anzustreben, die die Position Taiwans in multilateralen Fachgremien betreffen, insbesondere in Fällen, in denen die konkrete Teilnahme Taiwans für die EU und international von Interesse ist,
  - die technische Zusammenarbeit mit Taiwan auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet fortzusetzen.
28. Wenn die Umstände es erfordern, sollte die EU außerdem bereit sein,
- Beijing und Taipeh gegenüber deutlich zu machen, dass die EU ihre eigenen Interessen bedroht sieht, wenn die Stabilität und der friedliche Dialog bedroht sind,
  - im engeren Rahmen oder öffentlich ihre Besorgnis zum Ausdruck zu bringen, wenn ihrer Meinung nach die Gefahr besteht, dass destabilisierende einseitige Maßnahmen zur Änderung des Status quo in der Region ergriffen werden, provozierendes Verhalten an den Tag gelegt oder Zwang ausgeübt wird.
29. Die EU sollte außerdem im Benehmen mit allen Partnern ein besseres Verständnis dafür erreichen, wie das militärische Gleichgewicht funktioniert, das die Lage beiderseits der Straße von Taiwan beeinflusst, wie dieses Gleichgewicht durch Technologien und Fähigkeiten, wenn sie an die Region weitergegeben werden, gestört werden könnte und welche Gefahren, einschließlich der Gefahr von Fehleinschätzungen, davon für die Stabilität ausgehen. Die Mitgliedstaaten werden diese Bewertung berücksichtigen können, wenn sie für ihre Ausfuhren von strategischen und militärischen Gütern den Verhaltenskodex anwenden.

#### IV.e) Koreanische Halbinsel

30. Die Politik Nordkoreas gibt in einigen Bereichen, z.B. im Hinblick auf die Beziehungen zwischen beiden koreanischen Staaten, die Nichtverbreitung und die Menschenrechte, Anlass zu ernsthafter Besorgnis und ist der regionalen und globalen Stabilität abträglich. Die EU sollte
- ihre Unterstützung für Frieden und Stabilität auf einer kernwaffenfreien koreanischen Halbinsel aufrechterhalten und deshalb weiter eine vollständige, überprüfbare und unumkehrbare Einstellung des Nuklearprogramms und des Programms für ballistische Flugkörper der DVRK fordern und sich für die Wiederaufnahme von IEAO-Inspektionen einsetzen;
  - die Demokratische Volksrepublik Korea weiter dazu auffordern, ihre internationalen Verpflichtungen zu erfüllen, insbesondere indem sie den Resolutionen 1718 und 1874 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen nachkommt; ferner sollte sie die DVRK auffordern, dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) wieder beizutreten und den Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT) sowie das Chemiewaffenübereinkommen (CWÜ) zu unterzeichnen und zu ratifizieren;
  - ihre anhaltende Unterstützung für eine sinnvolle Wiederaufnahme eines multilateralen Verhandlungsmechanismus wie der Sechsparteiengespräche (6PT) bekräftigen, indem sie sich für den Dialog zwischen den betroffenen Parteien einsetzt (wenn auch die betroffenen Parteien selbst bestimmen müssen, wann die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Wiederaufnahme erfüllt sind) und weiter eng mit den wichtigsten Akteuren der 6PT zusammenarbeitet;
  - ihre Unterstützung für den Dialog zwischen den beiden koreanischen Staaten bekunden, der Vertrauen und bessere Bedingungen für die Wiederaufnahme der multilateralen Verhandlungen sowie einen Rahmen für die Förderung von wirtschaftlicher und sozialer Interaktion und Zusammenarbeit auf der Insel schafft;
  - weiter auf Verbesserungen der Menschenrechtslage in Nordkorea drängen, da diese zu den schlechtesten in der Welt zählt, und Nordkorea auffordern, uneingeschränkt mit den Menschenrechtsmechanismen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten und mit der EU und ihren Mitgliedstaaten wieder in einen bedeutsamen bilateralen Dialog über Menschenrechte zu treten;

- bereit sein, wie in der Vergangenheit auf der Grundlage eines eigenständig ermittelten und überprüften Bedarfs und vorbehaltlich angemessener Überwachungsregelungen eine Hilfe als Reaktion auf humanitäre Notfälle zu leisten;
- die Regierung Nordkoreas zu bestärken, eine Öffnung für die Außenwelt vorzunehmen, auch in Gestalt von Wirtschaftsreformen, die im Laufe der Zeit die besten Aussichten auf eine nachhaltige Verbesserung der Lebensgrundlage der Bevölkerung bieten würden;
- den Dialog mit den betroffenen Parteien über die Frage der generellen Stabilität auf der Koreanischen Halbinsel entwickeln und ihre demokratischen Partner angesichts Provokationen vonseiten Nordkoreas weiter unterstützen;
- weiter ihre Bereitschaft bekunden, ihre Beziehungen zu Nordkorea in dem Maße schrittweise zu vertiefen und zu erweitern, wie Fortschritte in den vorgenannten Angelegenheiten, die der EU Anlass zur Sorge geben, erzielt werden. Die Botschaften der EU-Mitgliedstaaten in Pjöngjang sind ein wichtiger Teil dieses Engagements.

#### **IV. f) Südchinesisches Meer**

31. Die jüngste Eskalation der Spannungen im Südchinesischen Meer aufgrund gegensätzlicher Ansprüche einer Reihe von Küstenstaaten, darunter China, könnte erhebliche Auswirkungen auf die Sicherheit und die Stabilität der Region haben und sich generell auch auf die Freiheit der Schifffahrt und des Handels auswirken.
32. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten zwar in keiner Weise Stellung zu diesen verschiedenen Ansprüchen nehmen, aber
  - auf die große Bedeutung des Südchinesischen Meeres für die EU hinweisen (u.a. unter dem Blickwinkel der Förderung des auf Regeln basierenden internationalen Systems, des Grundsatzes der freien Schifffahrt, der Gefahr einer Auswirkung der Spannungen auf den erheblichen Anstieg des Handels und der Investitionen und negativer Folgen für alle sowie der Energieversorgungssicherheit);
  - die betroffenen Parteien weiter bestärken, Streitigkeiten mit friedlichen und auf Zusammenarbeit beruhenden Lösungen sowie im Einklang mit dem Völkerrecht (insbesondere dem VN-Seerechtsübereinkommen) zu regeln, und alle Parteien auffordern, die Grundlagen ihrer Ansprüche zu präzisieren;

- auf die geleistete Arbeit zur Schaffung eines auf Zusammenarbeit beruhenden diplomatischen Prozesses zu diesen Fragen auf regionaler Ebene hinweisen sowie ASEAN und China aufrufen, auf dieser Grundlage aufbauend einen Verhaltenskodex zu vereinbaren;
  - auf Wunsch der betreffenden Parteien anbieten, ihnen nahezubringen, welche Erfahrungen die EU und ihre Mitgliedstaaten im Hinblick auf die einvernehmliche und auf das Völkerrecht gestützte Regelung von Problemen mit Seegrenzen sowie auf die nachhaltige Bewirtschaftung von Ressourcen und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der maritimen Sicherheit in Seegebieten mit geteilten Hoheitsrechten oder strittigen Forderungen gemacht haben.
-